



Es war eine der überraschendsten und zugleich umstrittensten Entscheidungen in der Geschichte des Friedensnobelpreises: Ausgerechnet María Corina Machado, die führende Oppositionspolitikerin Venezuelas, erhielt 2025 die höchste Auszeichnung für Verdienste um den Frieden – und das, obwohl sie offen für eine militärische Lösung im Kampf gegen das autoritäre Regime von Nicolás Maduro plädiert hatte.

Die Entscheidung des norwegischen Nobelkomitees löste weltweit Debatten aus – über die politische Rolle des Preises, über die Grenzen legitimer Opposition und darüber, wie eng Demokratie und Frieden wirklich miteinander verknüpft sind.

Dissidentin mit Risiko

María Corina Machado steht seit Jahren im Zentrum des politischen Widerstands gegen das Maduro-Regime. Während andere führende Köpfe der Opposition ins Exil gingen oder durch Inhaftierung mundtot gemacht wurden, blieb Machado im Land, trotz Einschüchterung, Anklagen und politischem Ausschluss. Als Maduro sich Anfang 2025 erneut zum Wahlsieger erklärte – ein Urnengang, den internationale Beobachter als massiv manipuliert einstufen – verschwand Machado in den Untergrund. Ihr wurde politische Betätigung verboten, sie wurde zur Symbolfigur des zivilen Widerstands.

Dass sie den Friedensnobelpreis ausgerechnet in Abwesenheit erhielt, verstärkte die Symbolkraft der Auszeichnung. Ihre Tochter nahm den Preis in Oslo entgegen und verlas eine Rede, in der sie betonte, dass „Demokratie die Grundlage für dauerhaften Frieden“ sei – und dass „Freiheit Kampf erfordert“.

Applaus und Proteste

Die Reaktionen auf die Preisvergabe fielen jedoch gespalten aus. Während Unterstützer die Entscheidung als längst überfällige Würdigung des demokratischen Kampfes in einem autoritär beherrschten Land begrüßten, meldeten sich kritische Stimmen zu Wort. Vor dem Nobel-Institut in Oslo versammelten sich Demonstranten mit Plakaten wie „No Peace Prize for Warmongers“. Die norwegische Friedensgesellschaft, traditionell Ausrichterin des Fackelmarschs zu Ehren der Preisträger, sagte die Zeremonie erstmals ab – mit der Begründung, Machado vertrete nicht die Werte gewaltfreier Konfliktlösung.

Der Vorwurf: Machado habe wiederholt Sympathie für eine militärische Intervention geäußert – insbesondere durch die USA –, um das Regime Maduro zu stürzen. Diese Nähe zu interventionistischen Positionen, verbunden mit der politischen Unterstützung durch



ehemalige Vertreter der Trump-Administration, verstößt für viele gegen das ethische Fundament des Friedensnobelpreises.

Eine lange Geschichte umstrittener Preisträger

Die Diskussion über die politische Tragweite des Friedensnobelpreises ist nicht neu. Schon 1973 hatte die Entscheidung, Henry Kissinger auszuzeichnen, eine Welle der Kritik ausgelöst – trotz oder gerade wegen seiner Rolle im Vietnamkrieg. Auch der äthiopische Premierminister Abiy Ahmed, Preisträger 2019, geriet später wegen seines militärischen Vorgehens in der Region Tigray in die Kritik. Und die einstige Symbolfigur des gewaltlosen Widerstands in Myanmar, Aung San Suu Kyi, verlor viel moralisches Kapital, als sie später als Regierungschefin die Verfolgung der Rohingya relativierte.

Der Fall Machado passt in diese Reihe: eine charismatische Oppositionsführerin, die für eine gerechte Sache kämpft – dabei aber politische Allianzen und Positionen eingeht, die im Widerspruch zu einem engeren Friedensbegriff stehen. Während frühere Preisträger für Verhandlungen zwischen Kriegsparteien oder Abrüstung geehrt wurden, scheint Machado das Ziel „Demokratie“ auch mit nicht-friedlichen Mitteln in Verbindung zu bringen.

Frieden durch Demokratie?

Doch ist das wirklich ein Widerspruch? Die Nobelkommission selbst begründete die Entscheidung damit, dass „der Weg zur Demokratie in autoritären Staaten oft mit großem persönlichem Mut und unter extremem Risiko“ beschritten werde – und dass dieser Kampf „eine Voraussetzung für nachhaltigen Frieden“ sei. Die Preisvergabe solle nicht nur eine Einzelperson ehren, sondern die „tausenden Stimmen“ der Zivilgesellschaft, die trotz Repression an friedlichem Wandel festhielten.

Diese Argumentation stützt sich auf ein erweitertes Friedensverständnis: Nicht die bloße Abwesenheit von Gewalt, sondern die Schaffung rechtsstaatlicher und demokratischer Strukturen gilt als Grundlage für echten Frieden. In autoritären Kontexten könne das Streben nach Demokratie zwangsläufig auch Spannungen oder Konfrontationen mit sich bringen.

Für viele Kritiker bleibt jedoch die Frage bestehen, ob ein Preis für den Frieden auch dann vergeben werden kann, wenn dessen Träger militärische Optionen nicht ausschließt – selbst in einem als gerecht empfundenen Kampf. Es geht nicht nur um moralische Kohärenz, sondern auch um die symbolische Kraft eines Preises, der weltweit als Ausdruck des höchsten friedenspolitischen Ideals gilt.



Die Auszeichnung von María Corina Machado macht deutlich, wie schwierig es ist, in einem zunehmend geopolitisch aufgeladenen Umfeld klare Linien zu ziehen. Wenn Demokratie und Frieden nicht mehr deckungsgleich sind, stellt sich die Frage: Was genau ehrt der Friedensnobelpreis eigentlich – Gewaltverzicht oder politischen Fortschritt?

WEITERE TOP-MELDUNGEN

Wie Trumps Berater die Freilassung der Tate-Brüder vorantrieben

Eine Untersuchung der *New York Times* zeigt, welche entscheidende Rolle Beamte der Trump-Regierung bei der Freilassung von Andrew Tate und seinem Bruder Tristan aus rumänischer Haft Anfang dieses Jahres spielten.

Die Brüder – selbstbewusste Influencer der sogenannten „Manosphere“ – durften Rumänien nicht verlassen, da ihnen vorgeworfen wurde, Frauen zur Teilnahme an pornografischen Inhalten gezwungen zu haben. Ihre Freilassung war der Höhepunkt jahrelanger Bemühungen von Andrew Tate, enge Verbindungen zu Beratern und Familienmitgliedern von Donald Trump zu knüpfen – darunter auch zu dessen Söhnen Barron und Donald Jr.

Die Tates umwarben gezielt einflussreiche Persönlichkeiten der amerikanischen Rechten, um ihre Ausreise in die USA zu ermöglichen.

WEITERE MELDUNGEN

Die **USA** planen, die Social-Media-Vergangenheit ausländischer Touristen stärker zu überprüfen.

Ein Richter hat dem Antrag stattgegeben, die Unterlagen der Bundesjury-Ermittlungen im **Fall Jeffrey Epstein** zu veröffentlichen – damit könnten erstmals umfassende Einblicke in den Fall möglich werden.

Die **USA haben vor der Küste Venezuelas** einen Öltanker beschlagnahmt – ein dramatischer Schritt in der Druckkampagne der Trump-Regierung gegen Nicolás Maduro, den Staatschef des Landes.

Ermittler berichten, dass das **Sicherheitssystem des Louvre** den Kunstdiebstahl im



Oktober aufgezeichnet hat – doch die Sicherheitskräfte hätten den Livestream erst zu spät entdeckt.

Der Anführer einer separatistischen Gruppierung, die Teile des **Jemen** kontrolliert, erklärte, das nächste Ziel müsse die Hauptstadt Sanaa sein.

Die **US-Notenbank (Federal Reserve)** hat den Leitzins nach kontroverser Abstimmung um 0,25 Prozentpunkte gesenkt.

Ein Internierungslager mit zehntausenden Ehefrauen, Schwestern und Kindern von IS-Kämpfern stellen ein schwerwiegendes Problem für die **neue syrische Führung** dar.

Landminen – ein Erbe des kambodschanischen Bürgerkriegs – stehen im Zentrum des Konflikts mit Thailand. In diesem Jahr wurden bereits 18 thailändische Soldaten verletzt.

Madeleine Wickham, die britische Autorin der Romanreihe *Confessions of a Shopaholic*, die sie unter dem Pseudonym Sophie Kinsella veröffentlichte, ist im Alter von 55 Jahren verstorben.

Autor: P. Tiko